

Zusammen leben - zusammen lernen

Die Grundsätze der Uno-Konvention, die garantieren sollen, dass behinderte Kinder mit ihren nicht behinderten Altersgenossen zur Schule gehen können, werden nur sehr langsam umgesetzt. Zwar beteuerte Unterrichtsminister Claude Meisch auch bei dieser Rentrée wieder, dass alles dran gesetzt werden soll, damit Kinder mit Problemen die bestmögliche Unterstützung haben sollten. Die Vereinigung „Zesummen fir Inklusioun“ (ZEFI) ist der Meinung, dass trotzdem noch immer viel zu oft den Eltern, die Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben, nahegelegt wird, dass ihr Kind besser in der Sonderschule aufgehoben wäre, da nicht genug Stunden für Unterstützung im Grundschulbereich vorgesehen seien.

„Unterrichtsmethoden müssen angepasst werden, die Fähigkeiten eines jeden Schülers sollten berücksichtigt werden. Die Kompetenzsockel entsprechen aber sehr oft nicht dem Profil eines Kindes mit besonderen Problemen, es kommt zu Zyklusverlängerungen, zu Kommentaren, dass das Kind den Sockel nicht erreicht und deshalb nicht mit seinen Freunden in die nächste Klasse kommen kann. Kind und Eltern werden entmutigt und suchen die Lösungen außerhalb der Schule. Die Dunkelziffer derer die, sei es in Sonderschulen, sei es im nahen Ausland, eingeschult werden, ist hoch. Deshalb müssten Lehrpläne für alle Kinder gültig und lernziendifferenziert sein.

Außerdem fehlt es an Unterstützung für die Lehrer und Lehrerinnen, die den Weg der Inklusion gehen wollen. Damit Kinder mit besonderen

Bedürfnissen nicht nur geduldet, sondern auch gefördert werden, brauchen wir viel mehr und gut geschultes Unterstützungspersonal in den Schulen. Das Thema Inklusion muss ein fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung werden.

Im Pressedossier des Bildungsministeriums steht folgender Satz: ‚Deux nouveaux centres spécialisés pour enfants à difficultés d'apprentissage et troubles comportementaux seront créés.‘

Wir von der ZEFI hoffen, dass es nicht so sein wird, dass es wieder Sondereinrichtungen für die Kinder sein werden, sondern dass es Zentren sein werden, wo Lehrer, Lehrerinnen und Eltern beraten werden sollen und deren Hauptziel es sein wird, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um eine Aussonderung zu verhindern. Das Ministerium wäre gut beraten, dieses Missverständnis klarzustellen.

Wir sind der Meinung, dass die Politiker die nötigen Mittel zur Verfügung stellen müssen, damit Inklusion nicht ein frommer Wunsch bleibt.

Keine Schule sollte mehr gebaut werden, ohne dass Inklusion mitgedacht wird. Dabei geht es um ‚Barrierefreiheit‘ in allen Bereichen, das bedeutet, nicht nur Rampen für Rollstuhlfahrer, sondern auch Nebenräume für therapeutische Maßnahmen, Rückzugsräume für Kinder mit besonderem Ruhebedarf, Besprechungszimmer für Eltern- und Teamgespräche. Aber vor allem geht es um ‚Barrierefreiheit‘ in den Köpfen.“



„Keine Schule sollte mehr gebaut werden,
ohne dass Inklusion mitgedacht wird“